2016-02-11

Stadt Dessau-Roßlau
Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 13.01.2016

Sitzungsbeginn: **16:30 Uhr**
Sitzungsende: **19:40 Uhr**
Sitzungsort: **Raum 228, Rathaus Dessau**

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Kolze, Jens

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister Kuras, Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, eröffnete die Sitzung und stellte die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 10 anwesenden stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Nachdem es keine Änderungsvorschläge gab, wurde die Tagesordnung einstimmig angenommen (10:00:00).

3 Genehmigung der Niederschrift vom 25.11.2015

Die Niederschrift wurde ohne Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gab die in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 25.11.2015 gefassten nichtöffentlichen Beschlüsse bekannt:

- Jahresabschluss 2014 der IVG Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH
- Entlastung der Geschäftsführerin der IVG Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH für das Geschäftsjahr 2014
- Entlastung des Aufsichtsrates der IVG Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH für das Geschäftsjahr 2014

- Abrechnung der Zielvereinbarung 2014 mit der Geschäftsführung der IVG Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH
- Wirtschaftsplan 2016 und Mittelfristplanung 2016 - 2020 der IVG Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH
- Grundstücksangelegenheit Vergabe der Immobilie "Wolfgangstraße 13" in Erbbaurecht an den "VorOrt e.V. Dessau“
- Grundstücksangelegenheit Verkauf von Teilflächen im Bereich Lange Gasse

5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Es gab keine Eilentscheidungen im Berichtszeitraum.

6 Einwohnerfragestunde

Herr Behrendt merkte an, dass in den gemeinsamen Sitzungen des Haupt- und Personalausschusses und des Ausschusses für Finanzen am 01.04.2015, 08.04.2015, 09.04.2015 und 15.04.2015 PowerPoint-Präsentationen verwendet wurden, die Bestandteil der Niederschriften sein sollten. Diese sind jedoch nicht im Bürgerinformationssystem zu finden. Er fragte, warum die Präsentationen nicht der Niederschrift beigefügt wurden und warum die Niederschrift für die Sitzung am 23.04.2015 nicht im Ratsinformationssystem einsehbar ist.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, erklärte, dass die Präsentationen an die Protokolle beigefügt waren und wahrscheinlich nur nicht im System einsehbar sind. **Herr Oberbürgermeister** bedankte sich für den Hinweis und versicherte den Fehler zu beheben.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Bericht zur Umsetzung des Leitbildes (Jahresbericht 2014) Vorlage: IV/074/2015/VI-61

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.2 Prüfauftrag zum Haushalt 2015 - Gewerbesteuer Vorlage: IV/043/2015/VI-80

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Es wurden keine Anfragen bzw. Mitteilungen vorgebracht.

8 Beschlussfassungen

8.1 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA Vorlage: BV/388/2015/I-OB

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

8.2 Berufung der Stadtbezirksbeiräte Vorlage: BV/417/2015/I-08

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte einführend, dass diese Beschlussvorlage vor dem Hintergrund der Neufassung der Hauptsatzung entstanden ist. Da keine Wahl möglich ist, wird eine Berufung vorgenommen.

Herr Schönemann merkte an, dass eine Beschlussvorlage der **Fraktion Die Linken** der Auslöser dieser Entwicklung war. Angelehnt an die Neufassung der Gemeindeverfassung würde man dann von Stadtteilausschüssen sprechen. Über Jahre hinweg wurde versucht, mehr Mitbestimmung für die einzelnen Wohngebiete zu akquirieren. Aufgrund der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen Parteien habe man sich dann auf den Kompromiss geeinigt, es nicht über die Ausschussarbeit zu leiten, was auch möglich gewesen wäre. Die jetzige Entwicklung ist zufriedenstellend, allerdings gibt es eine relativ unverbindliche Situation, da diese Lösung nicht durch die Gemeindeverfassung abgesichert ist. Vielmehr ist diese Handhabung eine wohlwollende Entscheidung der Politik, jedoch ohne Rechtsgrundlage. Aus diesem Grund bat er darum, dass für den kommenden Zeitabschnitt verbindlichere Rechtstrukturen organisiert werden und bedankte sich bei den anderen Fraktionen für die Kooperation. Eingehend auf seine Frage aus der letzten Stadtratssitzung, welche Fraktion ihre Vorschläge nicht pünktlich gemeldet hatte, bat er um die noch ausstehende Antwort.

Herr Oberbürgermeister Kuras erwiderte, dass die Frage schriftlich beantwortet wurde. Es handelte sich hierbei um die Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen. Eine weitere Fraktion hatte nur einen Namen nicht gemeldet. Bezüglich der Aussage von Herrn Schönemann, dass es keine Rechtsgrundlage gibt, merkte er an, dass er in diesem Fall den Beschluss beanstanden müsse. Es gibt eine Stellungnahme seitens der Kommunalaufsicht aus der hervorgeht, dass es keine richtige Wahl sein darf, was in der Arbeitsgruppe zur Hauptsatzung abgestimmt wurde. Es handelt sich außerdem um eine zustimmungspflichtige Satzung. Es gibt eine Rechtsgrundlage, auch wenn wir es anders als andere Städte handhaben. Das Erreichte ist ein Fortschritt, da Dessau-Roßlau eine Stadt mit einer problembeladenen Innenstadt und mit Ortschaften, die in ihrer Entwicklung oftmals der Innenstadt voraus sind, ist. Um diese Kluft in der zukünftigen Entwicklung nicht zu vertiefen, wurde hier ein geeignetes Instrument geschaffen. Unter den vorgeschlagenen Mitgliedern sind viele bekannte Namen dabei, die dafür garantieren, dass die Arbeit aufgenommen wird. Personell wurde in dem entsprechenden Referat für Ortschafts- und Stadtbezirksangelegenheiten nachgesteuert, da man davon ausgehen muss, dass sich der Arbeitsaufwand erhöht.

Herr Schönemann merkte des Weiteren an, erfreulich ist, dass es u. a. auch gelungen ist, Leistungsträger aus dem Ortsbeirat Törten zu integrieren. Diese Erfahrung wird bei der Profilierung der Beiräte benötigt.

Herr Fackiner, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, gab an, dass ihm nicht bewusst war, dass die Namen seiner Fraktion noch gefehlt hatten. Es handelt sich dennoch um ein gemeinsames Projekt, welches von Beginn an mitbegleitet wurde. Wie ernst die Arbeit der Beiräte genommen wird, liegt in der Verantwortung aller Beteiligten. Es könne viel in den Stadtteilen bewegt werden.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass bereits Anfang der 1990er Jahre solche Gremien gefordert wurden. Wünschenswert ist, dass die Stadtbezirksbeiräte zukünftig von den Bürgern gewählt werden können.

Herr Oberbürgermeister Kuras, merkte diesbezüglich an, dass das Innenministerium das Kommunalverfassungsgesetz in größeren Zeitabständen fortschreibt und dazu auch Anhörungen stattfinden. Beim nächsten Mal sollten die Hinweise vorgebracht werden, jedoch lässt sich nicht sagen, wann sich diese Gelegenheit ergibt.

Frau Benckenstein, AfD-Fraktion, erklärte, dass sie die Stadtbezirksbeiräte als wichtig empfindet. Sie werde sich bei der Abstimmung allerdings enthalten, da die AfD-Fraktion aufgrund des Hare-Niemeyer-Verfahrens und der Anzahl der Sitze in den Stadtbezirksbeiräten ausgeschlossen wurde. Dennoch werde man die Arbeit unterstützen.

Abstimmungsergebnis: 09:00:01

8.3 Anwendung der Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Dessau-Roßlau in den Ortschaften Brambach und Rodleben Vorlage: BV/301/2015/II-30

Herr Oberbürgermeister Kuras merkte einführend an, dass mit dieser Beschlussvorlage ein Sonderfall behoben werden soll.

Da es dazu eine lange Vorgeschichte gibt, fragte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, ob es aufgrund dieser Situation Problemstellungen in Rodleben gibt. Es handelt sich um eine völlig neue Sicht zu dem Thema, jedoch wurde mit der Fusion die Gleichstellung vorausgesetzt.

Herr Rumpf, CDU-Fraktion und Ortsbürgermeister von Rodleben, erwiderte, dass es sich um keine Sonderstellung handelt, welche auf Normalmaß zurückgebracht wird und mit der Eingemeindung wegfallen muss. Vielmehr handelt es sich um eine Möglichkeit der Straßenausbaubeitragssatzungsgestaltung, der für die Verwaltung einen erhöhten Aufwand darstellt. Für die betroffenen Bürger ist es eine günstigere Variante. Eine wiederkehrende Satzung kann in Dessau-Roßlau nicht eingeführt werden. Für eine Ortschaft ist es jedoch etwas anderes, wenn die Bewohner einer Straße bezahlen müssen, obwohl auch alle anderen diese Straße nutzen. Die eine betroffene Straße zahlt dann 5.000 € bis 10.000 €. Bei einem wiederkehrenden Beitrag relativiert sich die ganze Sache. Eine andere Gestaltung wäre möglich, wenn man das Satzungsgebiet anders macht.

Es gibt den Vorschlag der Verwaltung, in Rodleben die einmalige Satzung anzuwenden. Der Ortschaftsrat Brambach, welcher ebenfalls betroffen ist, hat sich dagegen ausgesprochen. Der Ortschaftsrat Robleben hat ebenfalls darüber diskutiert und dagegen gestimmt. Letztendlich entscheidet allerdings der Stadtrat.

Herr Oberbürgermeister Kuras merkte an, dass es Stärken und Schwächen dieses Systems gibt. Es handelte sich um keine rechtliche, sondern um eine gebietliche Sonderstellung.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, erklärte, dass in der Beschlussvorlage erkennbar ist, dass der Stadt damit Einnahmen i. H. v. ca. 358.000 € entgehen. Darauf wird nicht leichtfertig verzichtet, es ist schlichtweg rechtlich nicht möglich, diese Einnahmen weiterhin beizutreiben. Aufgrund von Urteilen ist es nachträglich nicht mehr zu heilen. Eine andere Situation wäre es für die Zukunft. Auf einen solchen Betrag verzichtet die Stadt nicht, weil sie einen Ortsteil bevorzugen möchte, sondern weil es rechtlich nicht möglich ist. Für die Zukunft kann nur noch eine rechtskonforme Anwendung der Satzung vorgeschlagen werden, was auch getan wird.

Herr Schönemann stellte fest, dass die Stellungnahmen der jeweiligen Ortschaftsräte maßgeblich sind. Da es jedoch eine rechtsverbindliche Angelegenheit ist und eigentlich kein Ermessensspielraum besteht, muss Rechtskonformität hergestellt werden.

Herr Rumpf ergänzte, dass die Beschlusspunkte in der Ortschaftsratssitzung einzeln abgestimmt wurden. Ihm ist bewusst, dass man rückwirkend dem Vorgeschlagenen nur so zustimmen kann, da rechtlich nichts anderes möglich ist. Die Bürger wollten das Zurückgezahlte nicht in Empfang nehmen, bis die Sache abgeschlossen ist. Zukünftig muss es allerdings eine Satzung geben. Es wurde allerdings der Beschluss gefasst, auch in Zukunft eine wiederkehrende Satzung einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 09:01:00

8.4 Rahmenkonzeption für das Museum für Naturkunde und Vorgeschichte Vorlage: BV/404/2015/I-41

Einführend erläuterte **Herr Steffen Kuras, Leiter des Amtes für Kultur**, dass im Rahmen der Diskussion zur Kulturentwicklungsplanung für die Stadt Dessau-Roßlau der Prüfauftrag erteilt wurde, das Museum möglicherweise zu schließen. Die Verwaltung kam nach intensiver Prüfung zu dem Ergebnis, dass es nicht möglich sein wird, die Sammlung an einen Dritten zu übergeben, ohne dass dadurch ein finanzieller Aufwand für die Stadt entsteht. Des Weiteren wäre auch die Vermarktung des Gebäudes schwierig. Aufgrund dieses Ergebnisses sowie durch die Entscheidung für den Stadtpark als Standort für das zukünftige Bauhausmuseum, kam es vor allem auch im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport zu einer geänderten Haltung und Arbeitsrichtung. Es entwickelte sich der Auftrag, die Zukunftsfähigkeit des Hauses zu prüfen. Die Stadtverwaltung hatte dazu im vergangenen Jahr eine Rahmenkonzeption beauftragt. Ziel war es, die Potenziale des Hauses und die Machbarkeit anhand der vorhandenen Sammlung zu untersuchen.

Auftragnehmer für die Rahmenkonzeption waren Frau Dr. Meyer von der Arbeitsgemeinschaft Kultur sowie Herr Niedernostheide, die vom Museumsverband des Landes Sachsen-Anhalt empfohlen wurden. Das Rahmenkonzept wurde ebenfalls gemeinsam mit den Mitarbeitern des Museums für Naturkunde und Vorgeschichte erarbeitet. Am 12.11.2015 wurde die Studie von beiden Autoren im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport ausführlich vorgestellt. In der anschließenden Diskussion wurde das Konzept vom Fachausschuss ausdrücklich begrüßt und inhaltlich angenommen. Eine Beschlussfassung soll am 14.01.2016 erfolgen. Auch beim Museumsverband und dem Verein der Freunde und Förderer des Museums für Naturkunde und Vorgeschichte fand das Konzept Zustimmung. Seitens des Vereines wurden inhaltliche Hinweise gegeben und eine weitere Unterstützung zugesagt.

Die Rahmenkonzeption hat den Ansatz, die aktuellen Fragen zur Gegenwart und zur Zukunft des Museums anhand der Sammlung zu untersuchen und zu beantworten. Künftig soll bei der Dauerausstellung und auch bei Sonderausstellungen auf Kooperationen aufgebaut werden. Diesbezüglich fanden nochmals intensive Gespräche mit möglichen Kooperationspartnern, z. B. dem Umweltbundesamt und der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz, statt und es wurde das Interesse an einer Zusammenarbeit zugesichert. Auf dieser Grundlage sollte dann eine Feinkonzeption erarbeitet und mit der Bauplanung begonnen werden. Im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport wurde abgestimmt, dass die Konzeption vor dem nächsten Schritt im Haupt- und Personalausschuss sowie im Ausschuss für Finanzen diskutiert wird, da sich eine gewisse Haushaltsrelevanz ableitet, die im Entwurf der diesjährigen Haushaltsplanung noch nicht dargestellt ist. Für die Feinkonzeption sowie für erste bauplanerischen Untersuchungen sind ca. 80.000 € notwendig. Dadurch entstehen wiederrum weitere Auswirkungen auf die künftigen Haushaltsjahre. Die Umsetzungskosten des Konzeptes betragen ca. 1,4 Mio. €. Nimmt man die ehemalige Grillbar dazu, entstehen weitere Kosten i. H. v. 700.000 €. Noch nicht ermittelt sind die notwendigen Baukosten. Des Weiteren wurde im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport die Empfehlung gegeben, die Aufstockung der Grillbar zu prüfen. Diese soll dazu dienen, dass die in der Törtener Straße befindlichen Büro-, Arbeits- und Depoträume an den Standort herangebracht werden. Für die Räume des Museums für Stadtgeschichte muss weiterhin nach einer Lösung gesucht werden. Des Weiteren müssen Finanzierungsmöglichkeiten gesucht und die Umsetzung im Museumsbereich geprüft werden. Die Kosten für den Baubereich müssten durch Stadtentwicklungsprogramme finanziert werden. Möglicherweise ergibt sich hier ein Zusammenhang mit der Landesgartenausstellung.

Das Konzept nimmt auch umfassend Stellung zum Thema Personal mit dem Ziel, das Museum weiter zu betreiben, ohne dass sich die Personalaufwendungen wesentlich erhöhen. Das ist im Wesentlichen machbar, jedoch wird es vorübergehend erforderlich sein, gewisse Umstrukturierungsmaßnahmen parallel laufen zu lassen, so dass bereits neue Leute benötigt werden, aber die altersbedingten Abgänge noch nicht realisiert sind. Es gibt den Vorschlag, dass Herr Dr. Karisch, Mitarbeiter des Museums für Naturkunde und Vorgeschichte, die Projektkoordination und die Umsetzung der Neukonzeption federführend übernehmen könnte. Die Vorplanungen sollten 2016 abgeschlossen werden, um 2017 mit den bauplanerischen Dingen fortzufahren. In den Jahren 2016/2017 sollten entsprechende Fördermittelanträge gestellt werden. Mit dem Bau sollte dann möglichst im Jahr 2018 begonnen werden. Es würde dann zu einer Schließung bis 2020/2021 kommen.

Seitens der beiden Autoren werden dem Museum für Naturkunde und Vorgeschichte eine wertvolle und gut erschlossene Sammlung sowie eine gute wissenschaftliche Expertise bescheinigt. Auf diese Dinge aufbauend, wurde ein zukunftsfähiges Konzept entwickelt. Im Rahmen der Kulturentwicklungsplanung könnte heute eine wichtige Weiche für dieses Museum gestellt werden.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, merkte zusätzlich an, dass er eindeutig hinter der Beschlussvorlage steht, da eine eindeutige Leitbildrelevanz sowie eine Stärkung des urbanen Kernes erkennbar sind. Insbesondere Familien gehören zur Zielgruppe eines Naturkundemuseums, daher stellt eine Neukonzipierung eine enorme Chance dar, die Attraktivität der Innenstadt und damit der gesamten Stadt Dessau-Roßlau zu erhöhen.

Herr Fackiner, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, stellte fest, dass das Konzept ein interessanter Ausblick auf ein mögliches zukünftiges Aussehen des Museums ist. Ihm ist auch bewusst, dass in dem Haus sehr viel ehrenamtliche Arbeit geleistet wird. Diese Punkte sind ausdrücklich zu würdigen. Dennoch kann diesem Konzept in der vorliegenden Form zum jetzigen Zeitpunkt nicht zugestimmt werden. Zum einen ist die Besucherprognose im Zusammenhang mit dem Bauhausmuseum nicht belegt. Der Hauptgrund ist jedoch, dass ein Konzept zum Weitergang aller Museen der Stadt, auch dem Museum für Stadtgeschichte, benötigt wird, um eine Folgeabschätzung treffen zu können, was leistbar und erreichbar ist. Für eine sachgerechte Entscheidung sollten keine einzelnen Sachen gebunden und festgelegt werden. Ihm ist bewusst, dass es sich um einen attraktiven Standort handelt, an dem auch etwas passieren sollte. Das vorliegende Rahmenkonzept ist daher nur ein wichtiger Baustein, worüber jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Entscheidung getroffen werden kann. Bis zu einer Rahmenkonzeption, die auch zu den anderen Museen eine Grundaussage enthält, sollte das Konzept beiseitegelegt werden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, merkte an, dass in der vorliegenden Konzeption auf ein Kulturentwicklungskonzept verwiesen wird, was eigentlich nicht existiert. Es wird wieder an einer Stelle etwas auf den Weg gebracht, obwohl es viele Synergien zu anderen Museen in dieser Stadt gibt. Das Naturkundemuseum ist Bestandteil der Gesamtmuseumslandschaft dieser Stadt. Diese ergänzen sich gegenseitig, daher können sie nicht losgelöst voneinander betrachtet werden. Er verwies auf den Versuch, einen Museumsverbund zu gründen. Für eine neue Konzeption sind Stabilität sowie sichere und planbare Aussagen zur Thematik Personal wichtig. In diesem Fall wurde wieder nur ein Teilbereich betrachtet und auf den Punkt gebracht. Dieses Konzept kann als Baustein in das Gesamtkonzept eingefügt werden. Weitere offene Fragen wird er an anderer Stelle thematisieren. Problematisch ist auch, dass die Finanzen für dieses Projekt in Gänze nicht überschaubar sind. Das Konzept ist der erste Bestandteil einer Gesamtkonzeption, jedoch wird seitens der Fraktion Die Linke eine ganzheitliche Betrachtung und ein Kulturentwicklungskonzept gefordert.

Es handelt sich um eine gute Arbeit, wenn man die Ausgangslage betrachtet, stellte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, fest. Es gab die Aussage, dass das Haus nicht mehr gehalten werden kann, da es nicht mehr attraktiv ist und die Mittel fehlen, um grundlegend etwas zu ändern. Jedoch ist eine Gesamtkonzeption notwendig, da die Museen im Kontext zueinander stehen.

Des Weiteren merkte er an, dass damit in der Stadt wieder eine Baustelle, mit einem Investitionsvolumen von 1,4 Mio €, aufgemacht wird, obwohl das Georgium noch nicht einmal fertiggestellt ist. Ein weiteres Museum müsste damit für einen Zeitraum von etwa drei Jahren geschlossen werden. Diese „Bausteinpolitik“ sei bedenklich und er warnte vor einem Beginn, bevor überhaupt feststeht, wie es mit allen Museen weitergeht. Auch das Bauhausmuseum muss in die Betrachtung mit einbezogen werden.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, stimmte den Aussagen seiner Vorredner zu. Es fehlt ein erforderliches Gesamtkonzept. Es sollte heute kein Beschluss erfolgen. Vielmehr sollte man das vorliegende Konzept als einen Anfang betrachten. Bezüglich einer Betrachtung im Zusammenhang mit der Landesgartenschau bat er darum, Frau Storz das Wort zu erteilen.

Frau Storz, SPD-Fraktion, verwies zunächst darauf, dass es in den 1990er Jahren die Idee eines Landesmuseums Anhalt gab. Alle Museen sollten in einem Kontext betrachtet und in eine Organisationsform und Vermarktung gebracht werden. Das Museum für Naturkunde und Vorgeschichte sollte nun im Zusammenhang mit der Landesgartenschau betrachtet werden, da diese Themen miteinander im Zusammenhang stehen und die notwendigen Kosten momentan nicht aufgebracht werden können. Durch die Landesgartenschau wären andere Fördermöglichkeiten möglich und das Museum könnte auch als zentraler Anlaufpunkt dienen. Wenn das Konzept umgesetzt werden würde, hätte man viel Geld in etwas gesteckt, was man zur Landesgartenschau haben könnte. Hinsichtlich der Vorbereitung sollte man daher darüber nachdenken, welche Rolle das Museum für Naturkunde und Vorgeschichte dabei spielt, ob es als zentraler Anlaufpunkt geeignet ist und die Bestände des Museums in die Landesgartenschau integriert werden können, um damit eine Zukunftsfähigkeit über die Landesgartenschau hinaus erzeugen zu können. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erwiderte, dass die Idee nahe liegt. Jedoch muss das Museum im Jahr 2022 noch da sein.

Bezüglich des Konzeptes erklärte **Herr Adamek, CDU-Fraktion**, dass er die Meinung seiner Vorredner teilt und merkte an, dass das Thema Anhalt darin enthalten ist. Er sei besorgt, dass letztendlich das Bauwerk aufhalten würde und verwies in diesem Zusammenhang an das Georgium. Diese Baustelle sollte zunächst zu Ende gebracht werden. Letztendlich wird ein ganzheitliches Museumskonzept für die Stadt benötigt, in dem eine Entwicklung für die nächsten Jahre zu erkennen ist. Hier gibt es noch eine Menge zu tun, bevor 80.000 € investiert werden.

Es sei richtig, dass die Finanzierung problematisch wird, erklärte **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**. Dennoch habe man sich für eine Zukunft des Museums entschieden. Wenn man nur am Kulturentwicklungsplan arbeitet, wird an diesem Museum nichts weiter passieren. Natürlich muss auch die Gesamtfrage beantwortet werden. Konzeptionelle Überlegungen sind nicht so aufgegangen, wie man sich das vorgestellt hat. Die Verhandlungen mit der Stiftung Dome und Schlösser haben sich nicht wie gewünscht gestaltet, wodurch neue Überlegungen angestellt werden müssen. Es besteht jedoch die Frage, ob dadurch alles andere liegen bleiben soll. Mit Beschluss der vorliegenden Konzeption würde eine Entscheidung weiter vorangetrieben werden. Das bedeutet allerdings nicht, dass es letztendlich auch gemacht werden muss.

Alles andere muss parallel geleistet werden. Auch die Schließungsfrage muss entschieden werden. Bezüglich des Finanzierungsproblems beim Georgium merkte sie an, dass ein Förderprogramm avisiert ist und betonte nochmals, dass heute keine Entscheidung über eine Durchführung getroffen wird, sondern nur über die Qualifizierung der Entscheidung.

Herr Fackiner erwiderte, dass Museen zeitweise im Jahr zugemacht werden, da eine Finanzierung nicht möglich ist. Selbst für Sonderausstellungen wird ein Etat benötigt, der momentan nicht vorhanden ist. Der heutige Beschluss könnte für das Museum für Stadtgeschichte das Aus bedeuten, was jedoch nach außen diskutiert werden sollte. Auf die Landesgartenschau eingehend merkte er an, dass wir uns in einer Orientierungsphase befinden. Es gibt auch Ideen, das Verwaltungszentrum des Biosphärenreservates in die Stadt zu holen und mit dem Naturkundemuseum und dem Tierpark zu verbinden. Es werden noch ein paar Monate zur Orientierung benötigt. In dieser Zeit muss die Aussage formuliert werden, ob es mit dem Museum für Stadtgeschichte weitergehen soll.

Frau Nußbeck erklärte, dass die Eckpunkte der Rahmenkonzeption für die Museen gedanklich vorhanden sind und der Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport diese auch kennt. Der nächste Schritt wäre ein Konzept für das Museum für Stadtgeschichte. Es kann jedoch bereits jetzt gesagt werden, dass Dessau-Roßlau als Oberzentrum ein stadtgeschichtliches Museum benötigt. **Herr Oberbürgermeister Kuras** ergänzte, dass die Situation des Museums für Stadtgeschichte seiner Auffassung nach nicht so schlecht ist, wie die des Naturkundemuseums.

Herr Schönemann stellte fest, dass es problematisch ist, ein zeitgemäßes Museum auf den Weg zu bringen, um mehr Besucher zu gewinnen. In der jetzigen Situation ist es schwierig, Leute dafür zu interessieren. Daher muss es einen Paradigmenwechsel geben und die Schnittstellen zu den anderen Museen müssen definiert sein. In dem vorliegenden Konzept wird von einer Kulturentwicklungsplanung gesprochen, die als solche an keiner Stelle Beschlusslage ist. Solchen Teilprojekten könne gefolgt werden, wenn sie in der Diskussion des Gesamtprozesses definiert sind. Man wird jetzt mit gewissen Entwicklungen überrascht, die mehr Fragen als Antworten aufwerfen. Es sollte umgehend ein Zeitplan zur Vorgehensweise mit dem Gesamtkonzept und den Teilprojekten sowie zur Finanzierung präsentiert werden. Dann würde es keine Gegenstimmen mehr geben. Auf das Bauhausjubiläum im Jahr 2019 eingehend merkte er an, dass wir nach jetzigem Sachstand nicht konform mit der Aufklärung sind und das Museum kein Bestandteil der Feierlichkeiten sein wird.

Herr Bönecke erklärte, dass zeitnah ein Gesamtkonzept vorliegen und das heute diskutierte Konzept darin eingebunden werden sollte. Wenn die restlichen Verknüpfungen feststehen, stehe er hundertprozentig dahinter.

Herr Eichelberg stimmt zu und gab an, dass ein grobes Gerüst benötigt wird. Erst dann sei ein Beschluss möglich.

Herr Bönecke fragte, ob eine Fördermittelvorberatung, ohne eine aufwendige Feinkonzeption möglich ist. Ein Großteil der Mittel würde dann in den baulichen Bereich fließen.

Herr Steffen Kuras erinnerte an die Situation beim Georgium. Als die 4,3 Mio. € für das Georgium angenommen wurden, lag kein ausgefertigtes Konzept vor. In diesem Fall wollte man, was auch mit dem Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport kommuniziert wurde, einen Schritt für das Naturkundemuseum gehen, auf der vorliegenden Grundlage aufbauen und die Feinkonzeption weiter erarbeiten, um daraus die notwendigen baulichen Maßnahmen abzuleiten. Es gibt eine Idee für den Ostflügel des Museums, die 4 Mio. € kostet. Davon ist man hier nicht ausgegangen, jedoch muss man u. a. die Wegeführung überdenken, um daraus die baulichen Dinge abzuleiten und dann die konkreten Anträge zu stellen. Das war das Ziel, um am Ende des Jahres 2016 zu beginnen und möglicherweise im Zusammenhang mit dem Bauhausmuseum und der Landesgartenschau in die Förderprogramme zu kommen.

Herr Rumpf, CDU-Fraktion, stellte fest, dass sich keine der Fraktionen gegen eine Investition in das Museum ausspricht, jedoch fehlen noch die konkreten Rahmenbedingungen. Das Museumskonzept sollte insgesamt weiterentwickelt und vervollständigt werden, um die Angelegenheit in einem halben Jahr erneut aufzugreifen. Die Zeit sollte genutzt werden, um die Rahmenbedingungen besser darstellen zu können. Es besteht die Angst, etwas zu beginnen ohne ein Ende zu sehen.

Frau Benckenstein, AfD-Fraktion, merkte an, dass sie nicht die Meinung der restlichen Fraktionen teilt, da man auf das geforderte Gerüst wieder warten würde. Jetzt liegt ein Konzept vor, mit dem jedoch nicht sofort begonnen werden soll zu bauen. Es wäre die Grundlage dafür, ein Projekt anzufangen und nicht zu warten, bis der ganze Plan vorliegt. Es sollte ein Zeichen gesetzt werden.

Damit es weitergeht, sollte man überlegen, einen Teil der Beschlussvorlage zu lassen, erklärte **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Parallel sollte an dem Gerüst gearbeitet werden.

Herr Steffen Kuras ging auf das Thema Personal und die erwähnte Schnittstelle ein. Diese wurde mitbedacht. Nach langer Diskussion habe man sich darauf verständigt, dass es auch zukünftig einen Leiter für beide Museen geben soll. Dieser sollte der Verantwortliche für Vor- und Frühgeschichte sein und nicht der Biologe. Dort würde dann auch die Schnittstelle zur Stadtgeschichte liegen. Wenn man zu einer vernünftigen Grundlage kommen möchte, wird eine Feinkonzeption benötigt. Erst dann ist man in der Lage, die baulichen Dinge weiterzudenken und eine Aussage zu den Finanzen zu treffen. Das alles fehlte beim Georgium.

Herr Dr. Reck schloss sich den Ausführungen an. Zu einer Kulturentwicklungsplanung gehört auch die Möglichkeit, über die Kosten eine Aussage treffen zu können. Haushaltsmäßig wird in die Zukunft geplant, dabei ist es wichtig zu wissen, was einen erwartet. Es sollte weiterhin ein Naturkundemuseum in dieser Stadt geben, da dieses eine gute Lage hat. Des Weiteren hat die Stadt die Verantwortung dafür, ein Museumsangebot zu schaffen, welches möglichst auch Familien und junge Menschen anspricht. Er hat keinen Zweifel daran, dass ein Naturkundemuseum ein zentraler Bestandteil der Kulturentwicklungsplanung sein sollte. Dieses Museum ist eine große Chance für die Stadt.

Eingehend auf die Frage zu den Fördermitteln erläuterte **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, dass man diese nur bekommt, wenn konkrete Konzepte mit einer Kosteneinschätzung vorliegen, da die neuen EU-Regeln hier sehr streng sind.

Herr Schönemann ging noch einmal auf den Wunsch nach einem Gesamtkonzept ein und machte den Kompromissvorschlag, dass die Verwaltung in Aussicht stellen sollte, wann die nächsten Schritte getätigt werden können, damit dann dieses vorgefertigte Konzept mit eingebunden werden kann. Wenn diese Einschätzung in einer qualifizierten Form im nächsten Haupt- und Personalausschuss vorliegt, wäre es möglich, diesen Weg zu gehen.

Herr Oberbürgermeister Kuras bezog sich auf die vier Beschlusspunkte in der Beschlussvorlage und erklärte, dass er keinen Punkt findet, vor dem zurückgeschreckt werden müsste. Im Rahmen einer Kompromissfindung kann nicht viel verändert werden, da man dann nicht mehr viel hat.

Herr Fackiner gab an, dass es ihm um die Aussagen zu den anderen Museen sowie eine Gesamtfolgenabschätzung geht. Diese müsste noch nicht im Detail erfolgen, jedoch sollte eine Orientierung vorhanden sein. Das vorliegende Konzept hält er für noch nicht in sich geschlossen und unterstützungswürdig, da er momentan nur 4.000 Besucher im Jahr und keine automatische Steigerung sieht.

Bezüglich der Besucherzahlen erklärte **Herr Steffen Kuras**, dass für diese Prognosen Tourismuskonzepte, die Stiftung Bauhaus und die Besucherzahlen im gesamten Umfeld durchdekliniert wurden. Des Weiteren handelt es sich bei den beiden Auftragnehmern für das Konzept um erfahrene Personen.

Frau Nußbeck ergänzte, dass Dessau-Roßlau als einzige deutsche Stadt eine Dauerausstellung zum Thema Anthropozän hätte, was auch maßgebend ist.

Herr Steffen Kuras merkte weiterhin an, dass auch betrachtet wurde, welche Naturkundemuseen es im Umfeld gibt. Die Prognose wurde nach besten Wissen und Gewissen ermittelt. Er betonte, dass das Haus auch als Bildungseinrichtung benötigt wird.

Herr Oberbürgermeister Kuras ging auf die Forderung nach einer verlässlicheren Grundlage für die Besucherzahlen ein und merkte an, dass das eventuell das Ergebnis dieser vier Beschlusspunkte sein könnte.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, fasste zusammen, dass eine Unsicherheit aus drei Gründen besteht. Zum einen würde das Museum für eine bestimmt Zeit, nach Eröffnung des Bauhausmuseums, geschlossen werden. Man sollte sich die Frage stellen, ob man es bis dahin so belässt. Des Weiteren könnte sich bzgl. der Unterbringung von Ausstellungsstücken eine Zusammenarbeit mit anderen Museen ergeben. Es ist fraglich, ob es hierbei Synergien mit anderen notwendigen baulichen Maßnahmen gibt. Außerdem ist die Frage zu klären, ob es Zusammenhänge zur Planung der Landesgartenschau gibt. Momentan befindet man sich in einer Findungsphase, welche Konzepte dafür notwendig sind.

Das spricht dafür, diese Zeit abzuwarten, die parallelen Dinge zu erledigen und dann als Gesamtkonzept zu diskutieren. Manches ist an bauliche Gegebenheiten geknüpft. Bis 2021 müssten die Sammlungen dort bleiben, daher besteht kein Druck.

Bezüglich des Vorschlags, das Naturkundemuseum in die Landesgartenschau einzubinden merkte **Herr Oberbürgermeister Kuras** an, dass es ein guter Hinweis ist, der in die Beschlussvorlage mit aufgenommen werden sollte. Hinsichtlich des Georgiums sollte darüber nachgedacht werden, ob es nicht sinnvoller wäre, alles verfügbare Geld dort zu investieren und das Naturkundemuseum vorerst so zu belassen wie es ist und über das Bauhausjubiläum zu retten. Er ist auch der Meinung, dass nicht zwei Investitionsruinen in der Stadt stehen sollten.

Herr Dr. Melchior erklärte des Weiteren, dass man sicherstellen muss, dass die personelle Besetzung nicht wegbricht und erhalten bleibt.

Diesbezüglich gab **Herr Steffen Kuras** an, dass die ersten Mitarbeiter im Jahr 2019 gehen, was eine Chance für eine Umstrukturierung wäre. Wäre das nicht der Fall würden Sammlungsverwahrer eingestellt.

Herr Dr. Melchior erwiderte, dass grundsätzlich nichts dagegenspricht und die personellen Maßnahmen dennoch erforderlich sind. Damit hat man auch gleichzeitig Personal, um das Museum zukunftssicher zu gestalten.

Frau Storz äußerte die Befürchtung, dass bei einem heutigen Beschluss, der Aspekt der Landesgartenschau nicht enthalten ist. Die Gedanken, das Museum als zentrale Informationsstelle für die Landesgartenschau und als Geldbeschaffungsmöglichkeit zu nutzen, sollten vorher eingespeist werden. Wenn man es so beauftragt, wie es jetzt ist, ist die Landesgartenschau nicht darin enthalten.

Herr Schönemann merkte an, dass die Stadträte noch nicht an den konkreten Ideen und an der Diskussion beteiligt wurden.

Herr Oberbürgermeister Kuras hinterfragte, ob die Überschneidungspunkte so groß sind, dass man dadurch daran gehindert wird, ein planerisches Ergebnis zu erzielen und betonte, dass nichts gebaut werden soll.

Herr Steffen Kuras gab an, dass die Landesgartenschau bereits in die Ideen mit einfließt, was allerdings noch nicht im Konzept stehen konnte.

Herr Oberbürgermeister Kuras stellte fest, dass es keine inhaltliche Ablehnung darüber gibt, das Naturkundemuseum zu behalten, jedoch ist die Finanzierung fraglich. Es muss dann entschieden werden, ob das Geld lieber an das Georgium gegeben wird, damit das 2019 wieder eröffnet werden kann. Das Thema Landesgartenschau sollte in die Beschlussvorlage eingearbeitet werden. Des Weiteren sollte ein Zeithorizont genannt werden, in dem das Gesamtkonzept vorliegt.

Herr Oberbürgermeister Kuras stellte den Antrag von **Herrn Bönecke**, die Beschlussvorlage in die nächste reguläre Sitzung des Haupt- und Personalausschusses zu verweisen, zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

Herr Schönemann merkte an, dass die Beschlussvorlage mit der Maßgabe einer Qualifizierung vertagt wurde. Diese umfasst die Einbeziehung der Landesgartenschau sowie Grundaussagen zur Museumskonzeption.

Die Beschlussvorlage wurde zurückgestellt.

13 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde um 19:40 Uhr von **Herr Oberbürgermeister Kuras** geschlossen.

Dessau-Roßlau, 12.02.16

_____

Oberbürgermeister Peter Kuras
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schriftführer